

Gegen den Ausverkauf öffentlicher Dienste

Das GATS ist nicht geschlechtsneutral

Wer von Dienstleistungen redet, kann von Frauen nicht schweigen. Denn der Dienstleistungssektor ist weltweit überwiegend Frauensache: die Lehrerin im öffentlichen Sektor, die Altenpflegerin, die ungeschützt und geringentlohnt in Privathaushalten beschäftigt ist, die unbezahlt Fürsorge leistende Familienfrau, die Sexarbeiterin im Ferntourismus, die Telearbeiterin, die am Telefon in ihrer Küche Auftragsdienste

macht. Das Spektrum ist breit und zu einem großen Teil unsichtbar. In der EU arbeiten über 80 Prozent aller erwerbstätigen Frauen im Dienstleistungssektor, beschäftigt und "selbst-beschäftigt". Wo es um die Daseinsvorsorge geht, greifen der öffentliche und der privatwirtschaftliche Sektor mit der informellen und unbezahlten Arbeit von Frauen im Wortsinn Hand in Hand.

GATS: Stoppt das große Fressen!

von Thomas Fritz, Attac

Es ist angerichtet! PolitikerInnen aller Länder bitten zu Tisch. Auf dem Speiseplan stehen die Filetstücke der öffentlichen Daseinsvorsorge: Schulen und Universitäten, Renten- und Krankenkassen, Wasser- und Stromversorger. Häppchenweise werden sie den Konzernen zum Fraß vorgeworfen. Die letzten Hürden, die diesem großen Fressen im Wege stehen, müssen beseitigt werden. Als Rammbock dient das GATS, das Dienstleistungsabkommen der Welthandelsorganisation WTO. Dessen aktuelle Verhandlung findet unter strikter Geheimhaltung statt. Denn es winken gigantische Gewinne. Der Weltmarkt für Bildung wird auf 2 Billionen US\$ geschätzt, für Gesundheit auf 3,5 Billionen. Kehrseite des privaten Profits ist das anschwellende Heer der VerliererInnen: Schüler und Eltern, Alte und Kranke, Beschäftigte und Erwerbslose. Ihnen allen wird der Zugang zu öffentlichen Leistungen zunehmend verwehrt.

Ende März unterbreiten die WTO-Mitglieder erste Angebote, wo sie bereit sind, ihre Märkte zu öffnen. Entwürfe der EU-Kommission sicherten kürzlich durch. Demnach ist die EU nicht nur bei Verkehr und Post zu Zugeständnissen bereit, sondern sie wünscht auch eine neue GATS-Kategorie: Trinkwasserversorgung. Zwar gibt es hier noch kein Angebot, der zuständige EU-Kommissar Pascal Lamy signalisierte aber Verhandlungsbereitschaft. Auch in der Bundesrepublik herrscht Geheimdiplomatie, vor allem was die offensiven Forderungen angeht. Schließlich stehen deutsche Exportinteressen auf dem Spiel: Die Allianz will Versicherungsmärkte erobern, RWE das Wassergeschäft, Bertelsmann die Medien und Siemens die Energieversorgung.

Vor wenigen Wochen kamen dennoch die völlig maßlosen Forderungen der EU an die Adresse von 109 Staaten ans Licht, mehrheitlich Entwicklungsländer. Angesichts dessen erweisen sich die entwicklungspolitischen Bekenntnisse der Bundesregierung als pure Rhetorik. Von 72 der 109 Staaten verlangt die EU den Ausverkauf der Wasserwerke. Die Energieversorgung hat sie ebenfalls im Visier. Egal, ob erneuerbar oder nicht, ob Windkraft oder Atom, jegliche Energieart muss zugelassen werden. Mehr noch, die krisenanfälligen Länder des Südens sollen auf die so wichtigen Kapitalverkehrskontrollen verzichten. Weitere Finanzkrisen werden die Folge sein.

Aber: Bewegungen in Nord und Süd gehen zur Gegenwehr über. Sie setzen diesen Liberalisierungssorgien ihren Widerstand entgegen. Sie lassen sich nicht mehr mit den Brosamen vom Privatisierungs-Gelate der Reichen abspesen.

von Christa Wichterich

Bei GATS reden alle von Dienstleistungen, nicht aber von Frauen. Bei den Verhandlungen um makroökonomische Strategien wie Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung kommen Frauen, ihre Dienste und Leistungen nicht vor. Doch die Erfahrungen in Ländern mit einem Privatisierungsvorsprung zeigen, dass Frauen als die Sisyphosarbeiterinnen der Daseinsvorsorge im Alltag von Privatisierung und Sozialabbau anders betroffen sind als Männer, und zwar dreifach: als Arbeitnehmerinnen, als Nutznießerinnen öffentlicher Dienste und als unbezahlte Sorgearbeiterinnen.

Dienstleistende Ich-AGs

Erstens: In vielen Ländern ist "die öffentliche Hand" ein bedeutender Arbeitgeber für Frauen, der auch Gleichstellungsmaßnahmen durchführte. Wo der öffentliche Sektor jedoch nach Kriterien der Effizienz und des Qualitätsmanagements umgebaut und verschlankt wird, sind in der Regel geringqualifizierte Frauen das erste Einsparpotential. Wenn Teilbereiche öffentlicher Dienstleistungen privatisiert oder aber Arbeiten an die Privatwirtschaft ausgelagert wurden, werden Frauenförderungsaufgaben über Bord geworfen, denn dort gelten sie als wettbewerbsverzerrend.

Ausgelagerte Arbeit wird häufig informalisiert, d.h. in schlechter bezahlte und wenig geschützte Teilzeit- und Abrufarbeit verwandelt. Private Anbieter auf dem Dienstleistungsmarkt sind umso wettbewerbsfähiger, je niedriger sie ihre Lohnkosten halten. Sparen können sie vor allem in den Niedriglohnsegmenten und dort finden sich entsprechend



Foto: Karsten Hennig

Demonstration am 14.9.2002 in Köln beim Aktionstag "Her mit dem schönen Leben"

der geschlechtlichen Teilung der Arbeitsmärkte und Berufswelten vor allem Frauen. Auch die Frauen, die gezwungen sind, sich selbst einen Arbeitsplatz zu schaffen, indem sie sich in eine dienstleistende Ich-AG verwandeln, sind nur konkurrenzfähig, wenn sie ihre Arbeitskraft extrem billig anbieten.

Zwei-Klassen-Systeme

Zweitens: Frauen sind stark auf erschwingliche soziale Versorgungsleistungen angewiesen. Arme Frauen - und die Mehrzahl der weltweit absolut Armen sind Frauen - haben

kaum Reserven in ihrem Haushaltsbudget für medizinische Versorgung und Schulbesuch der Kinder, für Wasser, Strom und Transport.

Dienstleistungskonzerne investieren dort, wo Rendite zu erwarten ist. So steigen die Multi-Utility-Konzerne genau dort in die Wasserversorgung ein, wo zahlungsfähige Kundenschaft ist. Im Gesundheits- und Bildungsbereich des Südens hat diese Investitionsstrategie bereits zu einem Zwei-Klassen-System der Versorgung geführt, mit teuren, gut ausgestatteten Privatkliniken und -schulen für die Besserverdienenden, und einer miserablen öffentlichen

Grundversorgung.

Die Regierungen sparen an öffentlichen Ausgaben, indem sie Kosten an die VerbraucherInnen weitergeben. Für arme Frauen sind bereits das Schulgeld und die Nutzungsgebühren im Gesundheitswesen schwer überwindbare Zugangsbarrieren. Die Einführung von Kostendeckung durch NutzerInnen bereitet die Privatisierung maroder öffentlicher Einrichtungen vor, um private Investoren anzulocken. In Südafrika müssen die VerbraucherInnen in den Townships Karten kaufen, mit denen sie dann eine bestimmte Wassermenge der Leitung entnehmen können. So werden die schwächsten Gesellschaftsmitglieder von der Wahrnehmung ihrer Grundrechte ausgeschlossen: arme Frauen holen das Wasser wieder aus einem dreckigen Tümpel, Mädchen gehen nur wenige Jahre zur Schule, Frauen scheuen vor jedem Arztbesuch zurück.

Verschiebebahn Hof Haushaltsarbeit

Drittens: Wo aber soziale Dienste, Pflege und Fürsorge rationalisiert oder abgebaut werden, werden weniger Dienstleistende in öffentlichen Einrichtungen beschäftigt und weniger Leistungen erbracht. In heruntergekommenen staatlichen Krankenhäusern in Russland liefern die Frauen

ihren Angehörigen die Mahlzeiten, putzen den Boden und waschen die Bettwäsche. Unter der Maßgabe von Effizienz und Produktivitätssteigerung - und das sind ja die normativen Prämissen für Wirtschaftlichkeit - werden Beziehungsarbeit und Zuneigung, kurz: die Streichel-einheiten, von der technischen Dienstleistung abgespalten und aus der Marktökonomie ausgelagert. Das zeigen exemplarisch die Module der Altenpflege mit der In-Wert-Setzung von Handreichungen im Minutentakt.

Auf diese Weise wird bisher bezahlte Arbeit in die unbezahlte Frauen- und Haushaltsökonomie verschoben. Beispiel Kostendämmung in Krankenhäusern in Europa: In Großbritannien werden in Privatkliniken Operationen pauschal abgerechnet, die Aufenthaltsdauer standardisiert und PatientInnen im genormten Zeittakt entlassen. Keine Frage, dass es wieder in der absoluten Mehrzahl Frauen sind, die sie dann zu Haus gesund pflegen.

GATS wird durch Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen die elementare Daseinsvorsorge weiter ökonomisieren. Durch die Ausbeugung des Solidarprinzips und der Wohlfortsorientierung werden die schwächsten und ärmsten Gesellschaftsmitglieder um ihre Grundrechte gebracht. Und dies trifft überproportional viele Frauen.

13.-15. März: Heraus zu den GATS-Aktionstagen!

Vom 13.-15. März bringen hunderte Gruppen in ganz Europa ihren Protest gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben auf die Straße. ATTAC fordert einen sofortigen STOPP der GATS-Verhandlungen. Wir wollen Zugang für alle zu hochwertigen Diensten. Beteiligt Euch massenhaft an den Aktionstagen! Werdet aktiv in euren Städten! Schmiedet Bündnisse mit anderen Betroffenen! Informiert über die Folgen des GATS hier und im Süden! Zeigen wir den Herrschenden, dass der Ausverkauf der Daseinsvorsorge ein Ende haben muss. Gemeinsam können wir das GATS stoppen.

Nähere Informationen: www.gats-kritik.de



Das GATS setzt Entwicklungsländer unter Privatisierungsdruck Systemwechsel in der weltweiten Wasserversorgung

von Danuta Sacher,
Brot für die Welt

Für die Europäische Kommission ist die Ausdehnung des Marktzugangs für europäische Anbieter in der Trinkwasserversorgung eines der Hauptziele bei den laufenden GATS-Verhandlungen. In diesem Bereich haben die Europäer weltweit die Nase vorn, allen voran Vivendi und Suez aus Frankreich und RWE aus Deutschland. Die Wachstumsstrategien dieser Konzerne liegen der Kommission so sehr am Herzen, dass sie die WTO-Definition von "Umweltdienstleistungen" kurzerhand um die Trinkwasserversorgung erweiterte. Im Ergebnis fordert die EU nun von 72 WTO-Mitgliedern die Liberalisierung ihrer Wasserversorgung.

Viele dieser Staaten hatten den Wasserbereich bisher ganz aus der WTO herausgehalten, so z.B. Kolumbien, Brasilien, Bangladesch oder die Dominikanische Republik. Fast gleichlautend fordert die EU von allen Marktzugang und Inländerbehandlung,

d.h. völlige Gleichstellung mit inländischen Anbietern. Es ist unschwer vorstellbar, wie unter diesen Bedingungen der "faire" Wettbewerb zwischen den Wassergiganten Vivendi oder RWE und einem lokalen Unternehmen auf Barbados oder in Botswana ausginge. Die Maximalforderungen laufen auf einen weltweiten Systemwechsel in der Wasserversorgung hinaus, ein Bereich, der bisher zu über 80% in öffentlicher Hand liegt.

Dass die EU im Wasserbereich dieselben Forderungen an die USA wie an Belize stellt, entspricht zwar dem WTO-Prinzip der angeblichen Gleichbehandlung aller Mitglieder. Die europäische und deutsche Rhetorik von der besonderen "Entwicklungsfreundlichkeit" des GATS fällt jedoch in sich zusammen. Umso förderlicher ist der aggressive EU-Katalog für die Konzerne: Der größte deutsche Global Player, RWE, rechnet mit einer weltweiten Umsatzsteigerung der Wasserkonzerne von 90 Milliarden Euro im Jahr 1999 auf 430 Milliarden Euro 2010. Das ist

annähernd eine Verfünffachung, die ohne massive Liberalisierung des Wassersektors nicht machbar sein wird.

Aber es geht nicht nur um Umsatz- und Renditesteigerungen. Es geht vor allem auch um den Investitionsschutz. Schon jetzt haben ca. 200 Großstädte im Süden unter dem Druck der Strukturanpassungsprogramme ihre Wasserversorgung liberalisiert. Von 40 Kreditprogrammen der Weltbank im Jahre 2000 waren zwölf an die Privatisierung der Wasserversorgung gebunden. Es ist die "Kombination von Weltbank auf der einen Seite und GATS auf der anderen Seite, die der armen Bevölkerung in den Entwicklungsländern einen K.O.-Schlag verpassen kann", so Martin Khor vom Third World Network. Denn im Ergebnis werde die Wasserversorgung von ausländischen Unternehmen übernommen, die die Regierungen sehr viel schwerer kontrollieren können. Zwar räumt das GATS theoretisch das Recht zu nationalen Regulierungen ein, aber gerade diese



Foto: Karsten Hennig

Teile des Abkommens sind noch strittig. Wollte die Regierung einem Konzern nachträglich die kostengünstigere Wasserversorgung armer Bevölkerungsgruppen auferlegen, könnte sie vor der WTO-Schiedsstelle verklagt werden. Diese Instanz befindet dann, ob ein Verstoß gegen GATS-Verpflichtungen besteht. Verliert ein Land, drohen empfindliche Handelssanktionen.

Dies sind keine Denkspiele. Die bolivianische Stadt Cochabamba hat nach drastischen Preissteigerungen und den darauf folgenden massiven Protesten vorzeitig den Privatisierungsvertrag mit dem US-amerikanischen Unternehmen Bechtel aufgekündigt und sieht sich nun einer Klage von 25 Mio. US\$ gegenüber. Grund: die zukünftig entgangenen Gewinne. Der französische Wasserkonzern Suez fuhr wäh-

rend der argentinischen Krise millionenfache Verluste ein und reichte ebenfalls eine Schadensersatzklage wegen entgangener Gewinne ein. In beiden Fällen waren die Unternehmen quasi detektivisch tätig, um ihre Ansprüche anzumelden. Das GATS verspricht in dieser Hinsicht neue "Rechtssicherheit" - dies aber nur für die multinationalen Konzerne, nicht für die Entwicklungsländer.

Bildung als Exportschlager

von David Hachfeld,
Education is not for sale

Am späten Nachmittag des 16. Januars ist es so weit: im spärlich gefüllten Bundestag wird zum ersten mal über das GATS-Abkommen debattiert. Obwohl dieser Vertrag bereits seit 1995 in Kraft ist, war er bis zu diesem Zeitpunkt noch nie Gegenstand einer Parlamentsdebatte. Der von den rot-grünen Regierungsfractionen eingebrachte Antrag beschränkt sich auf den Bildungs- und Kulturbereich. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich in der laufenden Verhandlungsrunde dafür einzusetzen, dass die EU in diesen Sektoren keine neuen Liberalisierungsangebote macht. Wenige Tage später erklärt EU-Handelskommissar Pascal Lamy, dass im Entwurf der EU-Angebote keine weiteren Liberalisierungsangebote im Bildungsbereich enthalten seien.

Ohne Zweifel sind dies erste Erfolge für die europäischen GATS-Kampagnen. Es ist ihnen gelungen, das GATS in die parlamentarische Öffentlichkeit zu tragen und Einfluss auf die Verhandlungsposition der EU auszuüben. So erklärte Sigrid Skarpelis-Sperk, Globalisierungsexpertin der SPD-Fraktion, dass die Befassung des Parlaments vor allem dem Druck vieler außerparlamentarischer Gruppen, von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) über die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bis hin zu Attac, geschuldet sei.

Studiert man den rot-grünen Antrag etwas genauer, verfliegt allerdings die Freude über den politischen Erfolg. Eine klare Absage an die fortschreitende Kommerzialisierung des Bildungsbereichs sucht man vergebens. Das ist auch kein Wunder: Denn die AntragstellerInnen betonen ausdrücklich die hohe Bedeutung der Dienstleistungsexporte für die deutsche

Wirtschaft. Auch sind sie sich durchaus bewusst, welches enorme ökonomische Potential im Bildungsbereich steckt. Der Gesamtumsatz der exportierten höheren Bildung belief sich 1995 auf 27 Mrd. US\$. Die weltweiten Bildungsausgaben werden jedoch auf über 2 Billionen US\$ jährlich geschätzt. Der weit überwiegende Teil des Bildungswesens ist bisher öffentlich organisiert und damit nicht auf Profitmaximierung ausgerichtet. Seine Umgestaltung nach marktwirtschaftlichen Kriterien verspricht daher enorme Gewinne.

Rot-Grün geht es nicht etwa darum, diese Umgestaltung aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen. Vielmehr will auch die Bundesregierung, deutsche Bildungsexporteure im weltweiten Kampf um Marktanteile stärken. Mit millionenschweren Förderprogrammen wird zur Zeit versucht, die deutschen Anbieter für den internationalen Wettbewerb fit zu machen. So fördert das vom Bildungsministerium finanzierte Projekt GATE Germany neben der Entwicklung exportfähiger Studiengänge auch sogenannte Franchising-Modelle und Universitätsgründungen (d.h. Zweigstellen) im Ausland. Gleichzeitig wird die Kommerzialisierung auch im Inland vorangetrieben. So sind für die Leitung einer Universität oder einer Schule inzwischen weniger pädagogische oder wissenschaftliche Fähigkeiten, sondern zunehmend betriebswirtschaftliche Kenntnisse erforderlich. Und die Kostenfreiheit der Bildung wird durch schleichende Einführung von Studienkonten oder -gebühren abgeschafft.

Soll Bildung aber ein elementares Menschenrecht und keine Ware sein, so ist es allerhöchste Zeit, den Privatisierungstendenzen auf allen Ebenen Paroli zu bieten: im Rahmen des GATS genauso wie in der Bundes- oder Landespolitik.

In den Kommunen wächst der Widerstand

von Jürgen Crummenerl,
Attac AK "Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge"

Wenn der neue GATS-Vertrag verabschiedet werden sollte, sind nach Schätzungen bereits 50% des kommunalen Eigentums privatisiert. Schon jetzt musste die Hälfte der 940 Mitgliedsunternehmen des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU) - zumeist Stadtwerke - private Investoren ins Boot holen.

Ohne sonderliche Kenntnis oder gar Protest seitens der BürgerInnen ist ab den 90er Jahren die Privatisierungswelle über Städte und Gemeinden hinweg geschwappt. Investoren sichern sich vor allem jene Teile, die profitabel erschienen. Nach der Übernahme von Stromversorgung und Telekommunikation durch Großkonzern verstärkt sich nun der Zugriff auf andere Bereiche der Daseinsvorsorge. Im öffentlichen Nahverkehr öffneten sich unter Vorwegnahme einer noch nicht verabschiedeten EU-Wettbewerbsrichtlinie den Privaten die Tore. Seither werden Sparten

wie der Bus-Betrieb ausgegliedert und privat betrieben: Lohnneibüßen bis zu 30% sind die Folge.

Stadtwerke haben als kommunale Gesamtunternehmen für verschiedene Versorgungsbereiche die Möglichkeit im Querverbund defizitäre Bereiche wie den öffentlichen Nahverkehr zu subventionieren. Aufgrund ihres festen Kundenstamms und ihrer sicheren Marktanteile wecken sie jedoch die Begierde privater Investoren. Mit dem Verkauf vor allem der profitablen Teile wird aber dem Solidarprinzip die Basis genommen. Wer die verschiedenen Bereiche kommunaler Daseinsvorsorge beleuchtet, stellt ernüchtert fest, dass schon Vieles der öffentlichen Kontrolle entzogen ist. Dabei erfährt auch die Korruption eine ungeahnte Blüte. Beispiel Müll: Überdimensionierte Verbrennungsanlagen veranlassen Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Müll aus Neapel zu importieren, um die Anlagen auszulasten.

Begründet wird der Privatisierungswahn mit der Finanznot der Gemeinden. Soweit so schlecht. Denn dass die Kassen leer sind, kann niemand bestreiten. Nur

warum? Ein Grund: die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle ist weggebrochen. Da die Konzerne auch dank der rot-grünen Steuerreform die Gewinne in den Kommunen mit Verlusten in anderen Bereichen verrechnen können (sog. Organschaft), senken sie ihre Steuerlast auf Null. So zahlen in München Großunternehmen wie Hypovereinsbank, Allianz, Münchner Rück, BMW, MAN, Siemens und Infineon keine Gewerbesteuern mehr. Gleichzeitig wurde die an Land und Bund abzuführende Umlage von 20% auf 28% erhöht.

In dieser Situation sollen die Kommunen zusätzlich immer mehr Lasten übernehmen, seien es die mit der Arbeitslosigkeit wachsenden Sozialausgaben oder neue gesetzliche Verpflichtungen zur Garantie von Kindergartenplätzen. Dabei kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das finanzielle Ausbluten der Gemeinden für den Vorstoß der Konzerne äußerst nützlich ist.

Die jetzt diskutierte Gemeindefinanzreform müsste die Kommunen als Ausgangspunkt stabiler Steuereinnahmen wählen: die Kommunen - unser Lebensraum!

Denn Gestaltungsmöglichkeiten der BürgerInnen sind nur dann gegeben, wenn Geld zum Gestalten da ist. Deshalb hat auch die gute Idee des "Bürgerhaushaltes" - die Beteiligung aller an den kommunalen Finanzplanungen - nur dann Sinn, wenn die Einnahmen stimmen. Auch

dürfen verschiedene soziale Projekte nicht gegeneinander ausgespielt oder gar Stimmung gegen "Ausländer", Flüchtlinge oder Obdachlose gemacht werden.

Da nun endlich die Problematik erkannt wird, formiert sich langsam der Widerstand in den Kommunen. Bürgerbegehren verhinderten in Düsseldorf und Münster den Verkauf der Stadtwerke. In Köln kamen 62.000 Unterschriften gegen den Verkauf kommunaler Wohnungen zusammen. In Kulmbach wurde ein geplantes "cross-border-leasing"-Geschäft zu Fall gebracht, in Recklinghausen und Bochum gibt es gegen diese undurchsichtigen Finanzgeschäfte ebenfalls Bürgerbegehren. Diese Form, demokratische Beteiligung zurückzuholen, bietet gute Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und Bürgerinitiativen - und Attac. Vor allem können in den politischen Auseinandersetzungen die Hintergründe und Interessenlagen besser verdeutlicht werden. Damit steigt die Wachsamkeit und das Vordringen privater Profitinteressen zulasten der frei zugänglichen Daseinsvorsorge kann verhindert werden.

Impressum:

Die Beilage wird herausgegeben von Share e.V. für Attac Deutschland, in Zusammenarbeit mit der taz, die tageszeitung.

Redaktion:
Thomas Fritz (V.i.S.d.P.)

Layout: Philipp Heinz
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Attac Deutschland wieder.

Attac Deutschland
Münchener Str. 48
D-60329 Frankfurt/M.
Tel. 069/900281-10, Fax. -99



Was, wenn ein Nahrungsmittelkonzern die Wasserversorgung übernehme?



Was, wenn ein Zigarettenkonzern die Grundschule übernehme?

Das GATS und die öffentlichen Dienste

von Birgit Ladwig, ver.di

Die GATS-Verhandlungen laufen im Frühjahr 2003 in eine wichtige Phase. Die EU-Kommission hat im November 2002 ein Konsultationspapier mit dem zusammengefassten Stand der Forderungen von Drittstaaten an die EU vorgelegt und die Zivilgesellschaft dazu eingeladen, Stellung zu beziehen. Die Gewerkschaft ver.di hat diese Möglichkeit genutzt und ausführlich Position bezogen. Obwohl dieses ausführliche Papier schon Ende 2002 dem EU-Kommissar Pascal Lamy vorlag, wurde nur allgemein verlautbart, dass die Stellungnahmen berücksichtigt wurden. Wie genau, dazu gab es bisher keine Reaktion.

Dieses Vorgehen ist symptomatisch für die Informationspolitik der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung in Sachen GATS. Seit Anfang Februar 2003 gibt es einen Entwurf der Kommission für eine Verpflichtungsliste der EU, die mit den Mitgliedstaaten der EU bis Ende März 2003 abgestimmt werden muss. Während andert-halb Jahren Lobbying von DGB und ver.di wurden Informationen über die WTO/GATS-Verhandlungen seitens Kommission und Bundesregierung mehr als Holschuld denn als Bringschuld betrachtet. In einer demokratischen und transparenten Gesellschaft müsste es umgekehrt

sein. Diese Verschleierungstaktik ist nicht akzeptabel und kann letztlich auch politisch nicht durchgehalten werden. Denn der Entwurf der Angebotsliste stand bereits Mitte Februar im Internet (www.gatswatch.org).

angebotenen Veränderungen bei der Erbringungsart 4, der zeitlich befristeten Arbeitsmigration. Daran sieht man, dass über diesen "Umweg", der von vielen Entwicklungsländern gefordert wird, doch die bestehenden



Grafik: attac-Projekt UdK Berlin

Als Erfolg können die Gewerkschaften jetzt verbuchen, dass bei öffentlichen Diensten kaum Liberalisierungsangebote - zumindest im Entwurf - gemacht werden. Dies betrifft im Grundsatz audiovisuelle Dienstleistungen, Gesundheit, Bildung, Energie, Trinkwasser- und Abwasserentsorgung. Probleme sehen wir jedoch in angrenzenden Bereichen und bei

nationalen Regulierungen unter Druck geraten.

Ein Beispiel dafür ist, dass bei grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringungen auf Werksvertragsbasis Subunternehmern aus WTO-Staaten, die in dem Feld der Abwasserentsorgung oder der höheren Bildungsdienstleistungen tätig sind, gleicher Marktzugang und gleiche Behandlung wie inländischen Anbietern eingeräumt

wird. Dies könnte zweierlei zur Folge haben: Erstens könnte es sich bei den Subunternehmern um Scheinselbständige handeln, denen die nationalen Arbeitnehmerschutzrechte vorenthalten werden sollen. Zweitens könnten die ausländischen Anbieter auch den Bezug nationaler Subventionen einfordern, indem sie sich auf gleiche Behandlung wie die

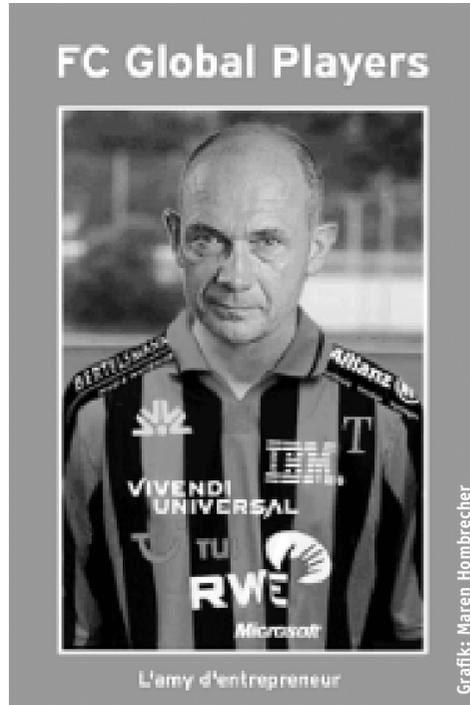
inländischen Anbieter berufen. Die Gewerkschaften fordern dagegen eine ganz andere rechtliche und faktische Gleichbehandlung, und zwar die Gleichbehandlung von zeitlich befristet entsandten Arbeitnehmern mit inländischen Arbeitnehmern. Diese Gleichbehandlung umfasst die Bezahlung nach ortsüblichen Tarifen, Arbeitnehmerschutzrechte, soziale Sicherung, Engagement

bei Gewerkschaften wie es im Gastland üblich ist. Nur so kann die europäische Entsenderichtlinie nicht über die WTO bzw. das GATS unterlaufen werden.

Das GATS kann viele öffentlichen Aufgaben zu einer käuflichen Ware machen. Gerade in Entwicklungsländern, in denen jetzt noch nicht einmal eine Basisversorgung mit diesen "services of public interest" existiert, ist dies besonders problematisch. Ein Abbau bzw. die Privatisierung der schon vorhandenen öffentlichen Dienstleistungen trägt in den Ländern des Südens - wie auch bei uns im Norden - hauptsächlich die ökonomisch und sozial benachteiligten Menschen.

Liberalisierungsangebote wird die EU wahrscheinlich bei Telekommunikations-, Verkehrs-, Post- und Kurierdienstleistungen sowie Umweltdiensten machen. Das Prinzip der Universaldienste, die für jedermann/jedefrau flächendeckend und günstig zur Verfügung stehen sollen, ist damit in Gefahr.

Das Verhandlungsmandat für die EU-Kommission in Form der bis zum 31. März abzustimmenden Angebotsliste ist je nach "Verhandlungsdynamik" jederzeit veränderbar. Wachsamkeit von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen ist also während der gesamten Verhandlungen geboten.



Grafik: Maren Hombrecher

Mit dem GATS zum globalen Gesundheitsmarkt

von Andreas Wulf, Medico international

In der laufenden GATS-Runde sollen auch nationale Gesundheitsdienste der weltweiten Konkurrenz geöffnet werden. Dabei klingt die Vorstellung der marktliberalen Globalisierer von einem privatisierten Gesundheitssystem gar nicht mal so übel: Patienten sind nicht mehr zu Dank verpflichtete Hilfesempfänger, sondern Kunden, die kompetent Gesundheitsdienstleistungen einkaufen, die Krankenversicherungen, Ärzte, Therapeuten und Pflegenden anbieten. Diese "Anbieter" konkurrieren miteinander um bestmögliche Qualität zum niedrigsten Preis. Allerdings geht es wohl nicht nur um eine bessere Versorgung: Die Gesundheitsmärkte in den OECD-Ländern mit einem Jahresumsatz von drei Bil-

lionen US-Dollar und prognostizierten Wachstumsraten von 30% versprechen hohe Profite.

Neben den schon immer transnational arbeitenden Pharmaunternehmen haben vor allem große Krankenhauskonzerne und private Versicherungsge-



Wie, wenn ein Blutglukose-Messgerät überfordert?

sellschaften Interesse am globalisierten Gesundheitsmarkt. Während Erstere versuchen, über die jeweiligen Landesgrenzen hinaus zu expandieren, wollen Letztere von der Privatisierung öffentlicher Krankenkassen profitieren. Wer tatsächlich in einem privatisierten Gesundheitssystem gewinnt und wer verliert, zeigt ein Blick in viele Länder der Dritten Welt. Dort wurden die öffentlichen Dienste mit Druck und Förderung von Weltbank und Währungsfonds schon seit den achtziger Jahren massiv abgebaut.

Die Förderung der privaten Anbieter bei gleichzeitigem Austrocknen der öffentlichen Institutionen begünstigt die Entwicklung eines zweigeteilten Systems: Das unterbezahlte medizinische Personal wandert ab in den Privatsektor, wo sich zusätzlich Geld verdienen lässt.

Diese Überlebensstrategien der Beschäftigten machen es für arme PatientInnen immer schwieriger, zu einer regelten Gesundheitsversorgung zu kommen. Ergebnis dieser "Reformen": hier ein schäbiges öffentliches System mit unmotiviertem, überarbeitetem und schlechter qualifiziertem Personal; da ein Privatsektor, der qualifizierte Leistungen nur gegen Bezahlung bereitstellt.

Verstärkt wird diese Spaltung durch große Krankenhauskonzerne, die mit Joint Ventures bereits die Investitionsvoraussetzungen geschaffen haben, welche durch das GATS vorangetrieben werden. Sie nutzen die niedrigeren Lohnkosten, bieten vor allem High-Tech-Medizin und konzentrieren ihre Ressourcen auf diejenigen, die dafür bezahlen können. In Indien gibt es bereits eine Reihe solcher Pro-

jekte, die im Vergleich zu den westlichen Industriestaaten und anderen regionalen Unternehmen günstigere Behandlungen anbieten. So kosten dort Bypass-Operationen der Herzkranzgefäße ein Zehntel des in den USA üblichen Preises.

Auch die grenzüberschreitenden Aktivitäten privater Krankenversicherer müssen angesichts der Erfahrungen in Chile äußerst kritisch beurteilt werden. Nur das besser verdienende, jüngere und gesündere Viertel der chilenischen Bevölkerung kann sich private Versicherungspolice leisten. Für Arme, chronisch Kranke und Alte sind die Beiträge zu hoch und die Zuzahlungen nicht tragbar. Für sie bleibt nur die öffentliche Versicherung, die mit geringeren Beiträgen für die Versorgung der großen Bevölkerungsmehrheit auskommen muß. Rosinenpicken heißt diese

profitable Technik der privaten Anbieter.

Diese Beispiele zeigen, dass die Kommerzialisierung so wichtige Ziele wie Solidarität und gleichen Zugang zu einer qualitativ guten Gesundheitsversorgung bedroht. Dagegen regt sich zunehmend Widerstand: In El Salvador sind seit Monaten GesundheitsarbeiterInnen mit Protesten gegen die geplanten Privatisierungen aktiv. In Porto Alegre startete das People's Health Movement zusammen mit lokalen Gesundheitsinitiativen eine Kampagne zur Wiederbelebung der alten Forderung nach "Gesundheit für alle". Das Erreichen dieses Ziels verlangt zweierlei: das verbriefte Recht auf gesunde Lebensbedingungen und Gesundheitsversorgung sowie das konkrete Engagement von Menschen, die dieses Recht einklagen.

Mit dem GATS in den Crash

EU steigert Krisenanfälligkeit im Süden

von Peter Andersen, Attac AG "Welthandel und WTO"

Die EU-Kommission versteht sich als Fürsprecherin der Dienstleistungskonzerne. In enger Abstimmung mit den Lobbyverbänden europäischer Banken richtete sie Forderungen an die WTO-Mitglieder, die Ausgangspunkt der GATS-Verhandlungen für den Bankensektor werden. Wie beim GATS üblich, waren alle diese Dokumente bis vor Kurzem streng geheim, eine öffentliche Debatte unerwünscht. Dies hat sich glücklicherweise geändert, weil das kanadische Polaris Institut die gesamten Forderungen der

EU an 109 Staaten am 25. Februar auf seiner Webseite veröffentlichte. Anhand dieser Dokumente ist erkennbar, an welchen Stellen europäische Banken die Entwicklungsländer unter Liberalisierungsdruck setzen wollen.

Einige Beispiele:

- Die Philippinen dürfen die Anzahl von Bankniederlassungen nicht begrenzen.
- Pakistan darf Kredite an ausländische Firmen nicht beschränken.
- China soll ausländische Banken nicht zum Eingehen von Joint Ventures (Gemeinschaftsunternehmen) mit chinesischen Firmen verpflichten.

- Indien soll den Handel mit risikanten Finanzprodukten erlauben (sog. Derivate).
- Ägypten darf das Niederlassungsrecht nicht von einem "ökonomischen Bedarf" des Landes abhängig machen.

Dies ist nur eine kleine Auswahl der von der EU aufs Korn genommenen "Handelshemmnisse", die im Rahmen des GATS beseitigt werden sollen. Besonders umfangreich ist der Katalog für Malaysia. 25 Regulierungen listet die EU auf und schließt jeweils mit der lapidaren Formulierung "Entfernen". Der Hintergrund ist einfach: Malaysia konnte die Asienkrise mit der Einführung

von Kapitalverkehrskontrollen besser überstehen als seine Nachbarländer, erzürrte damit aber die internationalen Banken und den IWF. Denn diese Kontrollen schmälern die Gewinne. Die Quintessenz: Europäische Banken streben über das GATS ein allgemeines und von innenpolitischen Auflagen befreites Niederlassungsrecht in allen WTO-Staaten an. Überall auf der Welt wollen sie Geschäfte machen dürfen und nicht auf nationale Gesetze Rücksicht nehmen müssen.

Bankniederlassungen sind aber etwas anderes als McDonalds-Filialen: Sie greifen massiv in die nationale Ökonomie ein. So

können Banken Ersparnisse aus einem Land abziehen, auch wenn diese für die Entwicklung dringend benötigt werden. Kriselt die Währung, sind Banker die Ersten, die die Flucht ergreifen, ihr Geld abziehen und die Krise verschärfen. Europäische Banken mögen Know-how für spekulative Geldgeschäfte haben, mit Kleinstkrediten an Existenzgründer werden sie sich nicht befassen. Länder, die Banken uneingeschränkte Betätigungsmöglichkeiten bieten, verlieren nach kurzer Zeit die Kontrolle über die eigene Ökonomie. Einen "Feldversuch" mit offenen Devisen- und Kreditmärkten hat der Musterknabe Argentinien in den letzten Jahren durchgeführt. Heute sind das Land und die Leute pleite.

Das nüchterne Abwägen von Vor- und Nachteilen eines

weltweit liberalisierten Bankenmarktes ist nicht die Sache der EU-Kommission und ihres Kommissars Lamy. Sie wissen, dass Europäer und Amerikaner zu den Gewinnern gehören. Kein Banker in Frankfurt muss nach einem Erfolg der GATS-Verhandlungen befürchten, dass Dritte-Welt-Banken den europäischen Markt überschwemmen und seinen Arbeitsplatz gefährden. Umgekehrt dagegen ist die Gefahr sehr real. Entwicklungs- und Schwellenländer sind deshalb gut beraten, dem massiven Liberalisierungsdruck zu widerstehen. Öffnen sollten sie den Markt nur dort, wo keine sozialen oder wirtschaftlichen Verwerfungen drohen. Der Bankensektor gehört in den meisten Entwicklungsländern sicherlich nicht dazu.



attac-aktiv



Alternativen denken - Aufstehen für eine andere Welt

Termine

- 13. - 15.3. Europaweite GATS-Aktionstage
- 21. - 23.3. Der Rückzug ins Private - GATS und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Gemeinsame Tagung des Philippinenbüro und Attac in Oberursel
- 31.3. Abgabefrist der Liberalisierungsangebote (offers) in den aktuellen GATS-Verhandlungen
- 28.4. - 4.5. Attac-Aktionscamp in Wolfsburg
- 9. - 11.5. Internationaler Kongress: "Dienste ohne Grenzen? GATS und die Konsequenzen für Frauen"
- 15. - 18.5. Regionaler Attac-Kongress "Konzern Europa? - Kongress für eine gerechtere Welt" in Regensburg
- 1. - 3.6. G8-Gipfel in Evian / Frankreich
- 27. - 29.6. Kongress Globalisierung und Ökologie von Attac, BUND und Greenpeace in Berlin
- 1. - 6.8. Attac-Sommerakademie in Münster
- 10. - 14.9. WTO - Ministerkonferenz in Cancun, Mexiko.
- 12. - 16.11. Zweites Europäisches Sozialforum.

Außerdem Tag X Beginn des Irak-Krieges: 17:00-19:00 bundesweite dezentrale Protestaktionen in allen Städten und Dörfern.

Samstag nach dem Tag X: 12:00 Aktionen gegen den Krieg in allen großen Städten.

Weiteres zu allen Terminen unter www.attac.de

Acht gute Gründe, um beim G8-Gipfel in Evian dabei zu sein

Vom 1. bis 3. Juni 2003 treffen sich Vertreter der G8-Staaten im französischen Evian.

Gerade dieser Club der reichen Industrienationen - USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Japan und Russland - ist maßgeblich für die Vertiefung der Kluft zwischen Nord und Süd, zwischen arm und reich verantwortlich. Diese Staaten treiben den Liberalisierungsprozess voran und wollen bei der WTO-Runde in Cancun das zu Ende bringen, was sie in Seattle nicht geschafft haben.

Der letzte G8-Gipfel in Europa fand in Genua statt und wurde

von den bisher stärksten globalisierungskritischen Protesten begleitet. Der Protestbewegung war es gelungen, ein deutliches und in der Öffentlichkeit breit wahrgenommenes Zeichen gegen die Politik der führenden Industrienationen zu setzen. Auch das brutale Vorgehen der Polizei zeigte Wirkung - die Empörung darüber veranlasste viele Menschen, sich nun erst recht zu engagieren.

Deshalb gilt auch für Evian: Lasst uns ein Zeichen gegen eine Globalisierung setzen, die so viele Verlierer und so wenige Gewinner kennt!

In Evian wollen wir:

- zeigen, dass wir eine Militarisierung der Außenpolitik ablehnen und uns für eine friedliche Welt einsetzen!
- für eine gerechtere Welt kämpfen!
- fordern, dass die Macht der Finanz- und Kapitalmärkte gebrochen werden muss!
- deutlich machen, dass der Ausverkauf der Welt gestoppt werden muss!
- ein Zeichen gegen die unmenschliche Politik von IWF und Weltbank setzen!
- die Notwendigkeit eines Schuldenerlasses für die Entwicklungs-

länder unterstreichen!

- für einen ökologisch verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit der Welt und ihren Ressourcen einstehen!
- die globalisierungskritische Bewegung stärken und den nächsten Meilenstein auf dem Weg zu einer anderen, gerechteren Welt setzen!

Wenn dies auch für Euch gute Gründe sind, dann beteiligt Euch an den Protesten rund um den G8 Gipfel. Schafft ein, zwei, drei, viele Evians!

Weitere Informationen unter www.attac.de/evian, www.anti-g8.de und www.gipfelsturm.net

GATS - stoppt diesen Kuhhandel!

Am europaweiten Aktionstag 13.03.2003 zum GATS (General Agreement on Trade in Services, das Dienstleistungshandelsabkommen der WTO) plant eine Gruppe Berliner AktivistInnen von attac, BUNDjugend, DGBjugend, Grüne Jugend, Junge DemokratInnen/Junge Linke, JuSos, DNR und andere eine große

Aktion in Berlin: Wir erbauen auf dem Alexanderplatz die Botschaft des fiktiven Landes Monetanien.

Gegen 11 Uhr werden die GATS-Verhandlungen beginnen, ein EU-Botschafter fährt vor und der monetanische Botschafter übergibt diesem die GATS-Forderungen (Requests). Drumherum gibt es ein Riesenspektakel, mit

rotem Teppich, Limousine, Reaktionen des Volkes, Moderator und Köhen.

Der Rest des Tages wird genutzt, um Passanten und Gäste umfangreich mit Hilfe von Infoständen und kleineren Aktionen (z.B. Privatisierung von Luft) über GATS und WTO zu informieren.

Wir wollen, dass das Thema endlich bekannter wird und es zu einer öffentlichen Diskussion kommt...ganz nach dem Motto: GATS - stoppt diesen Kuhhandel!! Kommt alle vorbei!

Weitere Informationen zur Aktion und wer dahintersteckt gibt es unter: <http://www.ich-bin-gats.de> oder Tel: 030/27 58 65 88 oder 030/392 82 80.

Dienste ohne Grenzen? Die Privatisierung im Dienstleistungsbereich und die Folgen für Frauen

Internationaler Kongress 9.-11. Mai 2003 in Köln

Frauen sind weltweit die wichtigsten Dienstleisterinnen, ob in privaten Haushalten oder in Schulen, in Krankenhäusern oder in Büros, im Handel oder in Sozialdiensten. Dennoch ist von ihnen beim GATS nicht die Rede.

Obwohl alle Menschen, besonders Frauen, von dieser Privatisierungspolitik betroffen sind, ist die Öffentlichkeit kaum über die Folgen des GATS informiert.

Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt. Das erste Opfer von GATS ist daher die Demokratie, das zweite ist das Solidarprinzip.

Für Frauen bedeuten die Veränderungen durch das GATS massive Verschlechterungen, nicht nur in bezug auf Arbeit und Arbeitsplätze, sondern auch, weil die privatisierten Dienstleistungen in der Regel schlechter und teurer werden. Schulbildung, Wasser- und Gesundheitsversor-

gung werden für ärmere Frauen unerschwinglich. Sozialdienste werden rationalisiert oder ganz abgeschafft.

Wir Frauen nehmen diese Entwicklungen nicht tatenlos hin. Deshalb laden wir zu einem Internationalen Kongress nach Köln ein. Wir wollen untersuchen, was GATS und Privatisierungspolitik im Norden wie im Süden, im Westen und Osten für Frauen bedeuten. Wir wollen uns gegenseitig aufklären und von Frauen



aus anderen Ländern lernen; von ihrem Widerstand, ihren Alternativen und ihren Aktionen.

Referieren werden unter anderen: Maude Barlow (Kanada), Vandana Shiva (Indien), Maria Mies (Deutschland), Farida Akhter (Bangladesh), Dr. Christa Wichterich (Deutschland), Prof. Dr. Claudia von Werthof (Österreich), Helena Norberg-Hodge (England), Mohau Pekou (Südafrika) und Eva K. Hack (Deutschland).

Das vorläufige Programm inklusive Anmeldeformular kann im Attac Bundesbüro bestellt werden (siehe auch Coupon auf dieser Seite).

Rückmeldecoupon

WC 0331

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ / Ort: _____
 Telefon: _____
 Fax: _____
 e-mail: _____

Attac Bundesbüro
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.

Oder per Fax: 069 / 900 281 99

Mitgliedschaft / Spenden

Ja, ich möchte Mitglied bei Attac werden.

Ich überweise meinen Beitrag von _____ € jährlich / monatlich auf das Konto von Attac (Konto-Nr. siehe Kasten rechts; *Unzutreffendes bitte streichen*).

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Attac meinen Mitgliedsbeitrag in Höhe von _____ € jährlich von meinem Konto abbucht.

KontoinhaberIn: _____
 Konto-Nr.: _____
 Bank: _____
 BLZ: _____

Der Mitgliedsbeitrag für Einzelpersonen beträgt 15 bis 60.- €/Jahr oder gerne auch mehr. Für Organisationen bis 100 Mitglieder 25 €/Jahr; für Organisationen bis 500 Mitglieder 50 €/Jahr und für Organisationen ab 500 Mitgliedern 150 €/Jahr.

Datum / Unterschrift: _____

Ich möchte Attac mit einer Spende unterstützen. Ich spende einmalig / monatlich / jährlich _____ € auf das Spendenkonto von Attac (*Unzutreffendes bitte streichen*).

Mitmachen / Informationen

- Ich möchte weitere Informationen über Attac - bitte schicken Sie mir das Attac-Infopaket zu.
- Ich möchte weitere Menschen für Attac werben - bitte schicken Sie mir _____ Exemplare der Selbstdarstellung von Attac und _____ Exemplare dieser taz-Beilage.
- Ich habe Interesse in einer Attac-Gruppe in meiner Region mitzuarbeiten / eine Attac-Gruppe zu gründen - bitte schicken Sie mir Kontaktadressen / unterstützen Sie mich bei der Gründung (*Unzutreffendes bitte streichen*).
- Ich möchte mehr über das GATS wissen, bitte schicken Sie mir ein GATS-Infopaket.
- Bitte schicken Sie mir folgende Informationsbroschüren zu (*Zutreffendes bitte ankreuzen*):
 - Broschüre „Die letzte Grenze. GATS: die Dienstleistungs-verhandlungen in der WTO“ von WEED (7,50 €)
 - Thomas Fritz, Christoph Scherrer: „GATS: Zu wessen Diensten? - Öffentliche Ausgaben unter Globalisierungsdruck“, AttacBasisText 2, 128 S., VSA-Verlag (6,50 €)
 - Attac-Flugblatt „Schon vom GATS gehört??“
 - Attac-Flugblatt „WTO - Hunger - Entwicklung“
 - Broschüre „GATS und Demokratie“ von WEED (2,50 €)
 - Attac-Flugblatt „Vorsicht gesundheitsschädlich! Das Gesundheitswesen unter dem Hammer“
 - Programm Frauenkongress „Dienste ohne Grenzen?“
 - Broschüre zur Tobin-Steuer von WEED (3,- €)
 - Broschüre „Kapital braucht Kontrolle“ von WEED (7,50 €)
 - Attac-Kampagnenbroschüre „Stopp Steuerflucht!“ (2,50 €)
 - Chr. Grefe, M. Greffrath, H. Schumann: „attac - Was wollen die Globalisierungskritiker?“, 224 S., rowohlt-Verlag (12,90 €)
 - Bernhardt Cassen/Susan George/Horst-Eberhardt Richter/Jean Ziegler u.a.: „Eine andere Welt ist möglich - das Buch zum Attac-Kongress“, 160 S., VSA-Verlag (8.- €)
 - Joseph Stiglitz: „Die Schatten der Globalisierung“, 256 S., Siedler-Verlag (19,90 €)

Weitere Materialien unter <http://www.attac.de/material>



Unterstützen Sie Attac!

Attac ist mittlerweile zu einem wichtigen Teil der globalisierungskritischen Bewegung geworden. Unsere vielfältigen Aktivitäten müssen wir fast ausschließlich aus Spenden finanzieren. **Unterstützen Sie unsere Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen durch eine Spende oder Ihre Mitgliedschaft, damit wir unsere bisher so erfolgreiche Arbeit fortsetzen können.**
Spendenkonto: Attac Deutschland, Kto.Nr. 10 15 15 0 Ökobank e.G., BLZ 500 901 00 • Spenden sind steuerlich absetzbar